



Hildesheim, Juni 2015

Fusion der Landkreise Hildesheim und Peine

Die SPD ist die Reformpartei. In ihrer über 150-jährigen Geschichte hat die SPD eindrucksvoll bewiesen, dass sie Fortschritt und damit Zukunft gestalten will. Es reicht nicht aus, sich mit dem Jetzt und Heute zufrieden zu geben, wenn man die Herausforderungen des Landkreises Hildesheim kennt.

Der demografische Wandel mit einer immer älter werdenden Bevölkerung und abnehmenden Einwohnerzahlen, die Veränderungen der Wirtschaftsstruktur oder die steigenden Sozialkosten für die Kommunen sind nur einige Beispiele. Die Augen davor zu verschließen, wie es die CDU mit ihrer ablehnenden Haltung für Veränderungen praktiziert, ist nicht unser Weg. Ablehnen allein ohne eine eigene Lösung zu präsentieren, überzeugt nicht.

Die SPD-Kreistagsfraktion Hildesheim und der SPD-Unterbezirk Hildesheim übernehmen politische Verantwortung in dem sie Zukunftsperspektiven für die Menschen in der Region entwickeln.

Visionen aufzeigen und mögliche Optionen für eine langfristige, kostengünstige und tragfähige Kreisverwaltung entwickeln.

Selbstbestimmt die eigene Zukunft zu gestalten, bildet die Grundlage für eine nachhaltige und langfristig stabile kommunale Struktur. **Eine „von oben“ verordnete Gebietsreform ist niemals die bessere Lösung**, dabei gibt es immer Gewinner und Verlierer.

Daher sind tatsächlich nur lediglich drei Zukunftsoptionen vorhanden:

- a) Im Landkreis Hildesheim passiert nichts, dann sind die zukünftigen Herausforderungen nicht zu bewältigen.
- b) Der Landkreis Hildesheim strebt nur die zweitbeste Lösung mit interkommunalen Zusammenarbeiten an und lässt dabei wichtige Entwicklungschancen außer Acht.
- c) *Der Landkreis Hildesheim stellt sich den künftigen Herausforderungen in einer Partnerschaft auf Augenhöhe mit dem Landkreis Peine. Dies kann idealerweise durch eine zukunftsweisende Gebietsreform – eine freiwillige Fusion zweier gleichberechtigter Landkreise erfolgen.*

Wichtige Tatsachen:

1. Der „**demographische Wandel**“ mit dem zu erwartenden Bevölkerungsrückgang wird perspektivisch in den Landkreisen Hildesheim und Peine zu erheblichen **Einnahmerückgängen** bei den
 - a) Zuweisungen für übertragene Aufgaben
 - b) beim Finanzausgleich der Kommunen
 führen.

2. Zeitgleich zu 1. werden die **Pro-Kopfkosten für die Vorhaltung** einer funktionsfähigen, den übertragenen Aufgaben gerecht werdenden, Kreisverwaltung steigen. Das bedeutet zwangsläufig die Steuerlast pro Kopf wird sich erhöhen.

3. Der Landkreis kann als Solitär-Landkreis entsprechend des „Hesse-Gutachtens“ zwar grundsätzlich bestehen bleiben. Zur Durchsetzung hiesiger Interessen auf **Landesebene** wird **langfristig die Stärkung der eigenen politischen Position** erforderlich sein. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund von angestrebten Gebietsveränderungen und aufstrebenden Interessenvereinigungen in anderen Landesteilen bedeutsam.

4. Eine Kreisfusion hilft zudem auch auf Landesebene die Kosten der Administration zu reduzieren und eine **langfristige, nachhaltige Verwaltungsstrukturreform** zu erreichen.

5. Die sich ergebenden Personalkapazitäten bei einer Fusion der beiden Kreise könnten zur **Kompensation** der altersbedingten Personalverluste und des drohenden **Fachkräftemangels** dienen.

6. Die **langfristige Kostenersparnis** durch einen reduzierten Stellenbedarf in
 - zentralen Verwaltungsbereichen,
 - in der Verwaltungsführung,
 - in der mittleren und oberen Leitungsebene,
 - im Bereich der politischen Mandatsträger
 führen ebenso wie Produktoptimierungen nach dem Grundgedanken der „best practice“ (Erfolgsmethode) zu deutlichen fusionsbedingten Synergien und damit verbundenen Kostensenkungen. Diese mögliche „Fusionsrendite“ von jährlich rund 6 Mio. Euro kann einen erheblichen Teil der zu erwartenden Einnahmeverluste kompensieren (Albers-Gutachten). Vergleichbare Landkreise mit rund 400.000 Einwohner/innen weisen zudem durchschnittlich eine Personalstärke von 1.100 Mitarbeitern/innen auf. Aktuell haben die Landkreise Hildesheim und Peine zusammen zirka 1.600 Mitarbeiter/innen. Langfristig ist **ohne Absenkung von Standards** und **ohne Kündigungen** eine Personalkostenreduzierung von 30 Mio. Euro realistisch und erreichbar.